



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Januar 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2024 ist erst knapp drei Wochen alt und schon stehen wir wieder vor einem riesigen Berg an Herausforderungen. Die letzten Tage und Wochen waren geprägt von Bauernprotesten, Bahnstreik und Diskussionen um ein mögliches AfD-Verbot.

Russland führt derzeit seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit aller Härte fort, während die Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz sich immer noch weigert, die Ukraine mit dringend benötigten Waffenlieferungen zu unterstützen. Unser Antrag auf die sofortige Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine wurde von der Ampel abgelehnt.

RotGelbGrün machen da weiter, wo sie 2023 aufgehört haben. Sie betreiben ideologiegetriebene Politik, doch Neuwahlen sind aufgrund der verheerenden Umfragewerte der Ampel unwahrscheinlich. So werden wir unsere Rolle als Opposition auch 2024 verantwortungsbewusst weiterführen und nicht aufhören, konstruktive Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Ihr

Alexander Föhr



Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren

Unser Leitantrag der Woche

Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft befindet sich aktuell, wie auch andere Wirtschaftszweige, in einer schwierigen Phase. Doch statt unsere Landwirtschaft zu unterstützen, plant die Bundesregierung, sie zu schwächen: Die geplanten Steuererhöhungen sind ein Schlag ins Gesicht für die Landwirte.

Angesichts der großen Protestaktionen haben die Ampelfraktionen nun einen Antrag eingebracht. Doch sind die Vorschläge für eine Verbesserung der Situation völlig unzureichend und werden den Landwirten in unserer Region überhaupt nicht helfen. Konkrete Maßnahmen? Fehlannonce. Offenbar hat die Koalition nur schnell irgendetwas zu Papier gebracht, um nicht mit leeren Händen dazustehen. Kompromissbereitschaft zeigt die Ampel dabei auch nicht, beim Agrardiesel bewegt sie sich kein Stück.

In unserem Leitantrag, der am Donnerstag von der CDU/CSU-Fraktion in den Bundestag eingebracht worden ist, haben wir unter anderem die Beibehaltung der Steuerbefreiung beim Agrardiesel, spürbare Entlastungen bei den Dokumentationspflichten sowie langfristige Planungssicherheit für Tierhalter bei Stallumbauten und Neubauten gefordert.

Die Land- und Forstwirtschaft ist eine Schlüsselbranche mit unverzichtbarem Stellenwert für die Ernährungssicherheit. Das Leben in den ländlichen Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Junge Landwirte brauchen Planungssicherheit. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Die Debatte im Deutschen Bundestag und die Anträge der Fraktionen finde Sie [hier](#).



Der Umgang mit der AfD

Meine Position zu einem AfD-Verbotsverfahren

Der Bericht des Recherchenetzwerks "Correctiv" über das Treffen am Wannsee hat mich, wie wohl jeden Demokraten und Anhänger unseres Rechtsstaats, sehr schockiert. Bei diesem Treffen wurde unter anderem über Möglichkeiten zur massenhaften Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen aus Deutschland diskutiert. Dazu zählen auch deutsche Staatsbürger, die einen Migrationshintergrund haben. Politiker der AfD haben wieder einmal gezeigt, welche Ideologie sie vertreten. Wohl auch angesichts der konstant hohen Umfragewerte lassen Vertreter der Partei die Maske des vermeintlich bürgerlichen Denkens immer häufiger und schamloser fallen und zeigen ihre menschen- und demokratieverachtenden Überzeugungen.

Jeder, der sich mit Personen dieser Ideologie umgibt, muss sich fragen, ob er noch auf den Grundfesten unserer Demokratie steht. Dies gilt für alle dort Anwesenden, auch die Vertreter der Werteunion. Niemand kann mehr sagen, die AfD sei eine bürgerliche Partei. Ich würde mir wünschen, dass die AfD verschwindet – besser heute als morgen. Warum ich trotzdem gegen die Eröffnung eines Verbotsverfahrens bin, möchte ich Ihnen gerne darlegen.

In unserem Rechtsstaat sind die Hürden für ein Parteiverbot sehr hoch. Ein Verfahren sollte nur dann angestrebt werden, wenn ein Verbot auch sicher durchsetzbar oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führen würde. Viel zu groß wäre sonst der Schaden für den Staat und seine Institutionen, wie wir beispielsweise beim gescheiterten Verbotsverfahren gegen die



MdB Alexander Föhr

NPD erleben mussten. Ein Scheitern könnte im Umkehrschluss den Anschein erwecken, die Verfassungsmäßigkeit der AfD sei von oberster Instanz bestätigt.

Auch muss in meinen Augen der Zeitfaktor bei einem Verbotsverfahren berücksichtigt werden. Die Einleitung des zweiten NPD-Verbotsverfahrens hatte der Bundesrat im Dezember 2012 beschlossen. Ein Jahr später ging der Antrag in Karlsruhe ein, erst im März 2016 wurde verhandelt und noch einmal rund neun Monate später erging das Urteil. Bis zu den Landtagswahlen im Osten im September dieses Jahres einen entsprechenden Antrag für eine Verbot der AfD formuliert zu haben, ist sehr ambitioniert. Ein Urteil vor den Bundestagswahlen im Herbst 2025 ist nahezu unmöglich. Über die Dauer des Verfahrens, die ja genau von den Institutionen initiiert werden müsste, gegen die die AfD seit langem Misstrauen sät, könnte zudem zu einer weiteren Radikalisierung der Anhänger führen, während sich die AfD in ihrer Märtyrerrolle einrichten könnte.

Es wäre natürlich wünschenswert, wenn nach einem erfolgreichen Verbotsverfahren die Anhänger der AfD sich wieder den demokratischen Parteien zuwenden. Aber dies zu glauben ist naiv. Dies kann nur gelingen, indem die Menschen wieder von der Politik in Bund und Land überzeugt werden. Wenn sie merken, dass die AfD eben keine „Alternativen“ anzubieten hat. Das Parteiprogramm der AfD bietet keine Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit. Vielmehr arbeiten ihre Politikerinnen und Politiker mit der Angst der Menschen vor Überfremdung und wirtschaftlichem Abstieg. Bei den Themen Migration und Asylpolitik äußern sich zahlreiche AfD-Politiker zunehmend verfassungsfeindlich und menschenverachtend. Für ein Verbotsverfahren relevant ist aber vor allem das, was im Parteiprogramm steht, und hier achtete die AfD sehr genau auf ihre Wortwahl.

Daneben wäre es aber meiner Meinung nach durchaus vorstellbar, gezielt Führungspersönlichkeiten von gesichert rechtsextremen Landesverbänden der AfD (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) mit einem Entzug der Grundrechte (z.B. dem passiven Wahlrecht) gem. Art. 18 Grundgesetz zu belegen. Dies wäre ein Mittel, um sicherzustellen, dass Personen wie Björn Höcke keinen Zugriff auf Exekutivrechte bekämen. Auch die zahlreichen Demonstrationen aus der Mitte der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus senden ein deutliches und wichtiges Signal.

Ansonsten gibt es für mich vor allem zwei Mittel gegen die AfD: Eine klare inhaltliche Abgrenzung und gute Politik der Regierungen in Bund und Land. Gerade auf Bundesebene gibt es dabei vieles zu verbessern.



Zusammenarbeit bei Grünem Wasserstoff

Kooperation mit Brasilien in Forschung und Entwicklung ausbauen

Brasilien ist der wichtigste Partner für Deutschland in Lateinamerika, auch im Bereich Bildung und Forschung. Als Union haben wir mit einem [Antrag](#) im Deutschen Bundestag darauf gedrungen, die Beziehungen mit dem wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Land Südamerikas auszubauen. Im globalen Vergleich liegt Brasilien unter den Top 5 in Bezug auf die Anzahl der Studierenden und unter den Top 10 in Bezug auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Die Kooperationen zwischen Deutschland und Brasilien in Wissenschaft und Forschung funktionieren. Die Zahl der Gastwissenschaftler steigt seit der Aufhebung der Reisebeschränkungen. Der Austausch bei Studierenden und die Kooperationen von Hochschulen ist konstant. Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Infrastruktur und den ökologischen Alleinstellungsmerkmalen Brasiliens besteht jedoch viel Potential für einen intensiveren und quantitativ stärkeren Austausch sowie verstärkter Kooperation im Bereich Forschung und Entwicklung. Gerade bei den Klimaforschung, erneuerbaren Energien und Zukunftstechnologien. Es ist gut, dass es nach den missglückten Reisen mehrerer deutscher Bundesminister und -ministerinnen nach Brasilien im Dezember doch noch zu offiziellen Deutsch-Brasilianischen Regierungskonsultation gekommen ist. An diesem Mittwoch hat Staatssekretär Jens Brandenburg die Ergebnisse der Konsultationen im Ausschuss für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestags vorgestellt. Als zuständiger Berichterstatter habe ich mich besonders für die Kooperationen bei erneuerbaren Energien interessiert. Unser Forschungsministerium fördert bereits seit längeren internationale Forschungszusammenarbeit zur Erzeugung von Grünem Wasserstoff. Doch wann können wir mit konkreten Ergebnissen rechnen? Die Debatte im Ausschuss können Sie [hier](#) nachverfolgen.



Erfolgreiche Integration braucht Zeit

Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts völlig falsches Signal

Es ist ein freudiger Moment, wenn Menschen, die aus anderen Staaten zugewandert sind, ihre Urkunden zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten. Viele Städte und Gemeinden, auch bei uns, halten hierzu Zeremonien ab, um dieser wichtigen und bedeutenden Lebensentscheidung einen würdigen Rahmen zu verleihen.

Die Staatsbürgerschaft ist das Wertvollste, was unser Staat einer Person, die in unser Land einwandert, anzubieten hat. Es bedeutet Teilhabe an unserer Gesellschaft in Solidarität mit allen Deutschen. Wir tragen diesen Staat gemeinsam mit unserer Arbeit, unseren Ideen, unseren Familien und unseren Steuern. Dabei möchten wir attraktiv sein für Menschen aus Dritt- und Nachbarländern. Unser Land braucht Talente, die sich hier einbringen, Leistung zeigen wollen und sich hier eine Zukunft aufbauen.

Die vorgeschlagene Reform des Staatsbürgerschaftsrecht der Ampel-Regierung ist dabei das völlig falsche Signal. Sie entwertet mit der Herabsetzung der Voraussetzungen den Stellenwert und den Integrationsanreiz, den der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ausmacht. Eine erfolgreiche Integration zeichnet sich durch einen sicheren Umgang mit der deutschen Sprache, der Kenntnis und glaubhaften Hinwendung zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung sowie einer gesicherten Integration in den ersten Arbeitsmarkt aus. All diese Prozesse benötigen Zeit.

Wir brauchen nicht drum herumzureden, liebe Leserinnen und Leser, Deutschland ist aufgrund seiner Lage und seinen sozialen Sicherungssystemen sehr attraktiv als Zielort für



MdB Alexander Föhr

Zuwanderung als Alters- und Versorgungsplan. Wir lassen niemanden im Elend zurück, Bürgergeld und Grundsicherung im Alter sind Errungenschaften unseres Sozialstaats, die ohne das eine Person vorher in die Solidargemeinschaft eingezahlt hat, verfügbar sind. Das Herabsetzen der Mindestanforderungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wird dabei als zusätzlicher Anreiz für einen Zuzug in die Sozialsysteme wirken. Es ist das völlig falsche Signal zum völlig falschen Zeitpunkt.

In den Jahren 2010 bis 2022 hat die Bundesrepublik eine Nettozuwanderung von 6,6 Millionen Menschen verzeichnet. Netto! Wir spüren die Effekte in unseren Städten und Kommunen: Wohnraummangel, Lehrermangel, Mangel an Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen, Mangel an Kita-Plätzen usw. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt, zu einer Zeit, in der die Integrationsinfrastruktur unseres Landes unter Stress steht, den Menschen klar und deutlich zu sagen, was wir von Ihnen verlangen, um dauerhaft hier zu bleiben und Deutsche zu werden. Eine erfolgreiche und nachhaltige Integration. Die dauerhafte Lebenssicherung in Eigenleistung und die glaubhafte Hinwendung zu unseren freiheitlich-demokratischen Werten. Dabei ist sicher: eine solche Integration benötigt Zeit.



Termine im Wahlkreis

Am Wochenende darf ich auf weiteren Neujahrsempfängen im Wahlkreis zu Gast sein. Am Samstag (15:00 Uhr im „Zum Achter“) freue ich mich auf den Besuch von meinen Kollegen und unserem Europaabgeordneten für Nordbaden, Daniel Caspary MdEP, in Heidelberg-Neuenheim. Am Sonntag findet das Bürgerfest zum neuen Jahr der Stadt Heidelberg sowie der Neujahrsempfang der Stadt Ladenburg statt.

Die Woche v. 22. Januar beginnt für mich mit einem Besuch beim European Institute for Neuromorphic Computing (EINC) der Universität Heidelberg, gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Albrecht Schütte MdL. Am gleichen Tag dürfen wir in Heidelberg die Spitzenkandidatin der CDU-Baden-Württemberg für die Wahl zum Europäischen Parlament, Prof. Dr. Andrea Wechsler, gemeinsam mit dem RCDS Heidelberg, begrüßen. Kommen Sie gern dazu, am 22. Januar ab 18 Uhr im Hörsaal 4a der Neuen Universität.

Am Dienstag und Mittwoch werde ich Auswahlgespräche für das PPP-Stipendium des Deutschen Bundestages führen. Hier bekommt jedes Jahr ein Schüler der Mittelstufe eines jeden Wahlkreises die Chance, für ein Jahr als Juniorbotschafter an eine US-amerikanische High School zu gehen und dort jede Menge Erfahrungen und Eindrücke zu sammeln.

Am Freitag geht es raus aus dem Wahlkreis, hinein in die traditionelle Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg im Kloster Schöntal.

Am Samstag, dem 27. Januar, einem historisch wichtigen Datum für unser Land, nehme ich Teil an der Gedenkfeier für die Opfer nationalsozialistischer Medizinverbrechen in Heidelberg. Die Woche endet mit einem weiteren Neujahrsempfang, dieses Mal in Heidelberg-Wieblingen.

Ich freue mich Sie auch im neuen Jahr bei den zahlreichen Terminen im Wahlkreis persönlich zu treffen. Sprechen Sie mich gerne an.



Schauen Sie mal, wer mich in dieser Woche in Berlin besucht hat! Nach einem Empfang im Kanzleramt ging es für Repräsentanten des Bund Deutscher Karneval (BDK) in den Reichstag, wo ich mich als Mitglied des Parlamentskreises Fastnacht, Fasching, Karneval sehr auf die Delegation gefreut habe. Auf dem Foto bin ich zusammen mit unserer Symbolfigur der Heidelberger Fastnacht, Perkeo Thomas Barth, auf dem Dach des Reichstags. Schön, dass Du hier warst Thomas!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro
Anschrift: Platz der Republik 1,
11011 Berlin
E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de
Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro
Anschrift: Gewerbestraße 2-4,
69221 Dossenheim
E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de
Telefon: 06221 608080